

T. M. °Azîz

## **Ein islamisches politisches Wirtschaftssystem: Die Sicht von Muḥammad Bâqir aş-Şadr \***

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und seinem Kernland, der Sowjetunion, wird die Welt wieder von den Praktiken und Gesetzen des Kapitalismus beherrscht. Die heutige Weltwirtschaft ist nach Adam Smith gestaltet. Man berücksichtigt keine alternativen Wege der wirtschaftlichen Entwicklung außer, daß man auf dem Marktplatz „den Gesetzen des Marktes“ ihren freien Lauf läßt. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes ist heute sichtbarer denn je als der entscheidende und bestimmende Faktor im Leben der Nationen und Menschen. Folglich ist es das Eigeninteresse der Mitglieder der Gesellschaft, die treibende Kraft der Wirtschaft zu sein, und das Gesetz von Angebot und Nachfrage ist der regulierende Mechanismus der Profitmacher in der Gesellschaft. Sogar die Wirtschaftler im ehemals marxistischen Block haben sich ein solches ökonomisches Verhalten als die einzige Alternative, die Übel der Wirtschaften ihrer Nationen zu verbessern, zu eigen gemacht.

Das ist nicht ganz richtig, sagen viele muslimische Denker und politische Aktivisten. Sie glauben, daß der Islam der Menschheit Lösungen für Probleme, die aus unvollkommenen, von Menschen erdachten politischen Systemen und ethischen Werten entstanden sind, zur Verfügung stellen kann. Nach ihrer Auffassung ist der Islam ein von Gott bestimmtes soziales Rahmenwerk, das die Menschheit zu Frieden und Ruhe in allen Aspekten des Lebens, physisch und metaphysisch, leiten soll. Einer dieser Denker und politischen Aktivisten war Muḥammad Bâqir aş-Şadr aus Irak. Şadr wurde 1980 hingerichtet, weil er eine revolutionäre Bewegung gegen das Ba'î-Regime in Irak anführte. Er hatte ein islamisches politisches System entworfen, das die bestehenden Regime in der islamischen Welt, die er als korrupt erachtete, ersetzen sollte. Sein Programm für die Zukunft war die Schaffung einer neuen sozio-ökonomischen Ordnung, die die kapitalistischen und sozialistischen Ordnungen — die herrschenden Systeme in der islamischen Welt — ersetzen würde. Dieser Artikel will sich auf seine Vorstellungen und die Grundprinzipien des islamischen ökonomischen Systems konzentrieren, die er für geeignet hält, die Widersprüche des kapitalistischen Systems zu lösen, und damit für fähiger, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen; wichtiger noch, für fähiger, sich in Übereinstimmung mit den menschlichen Potentialen zu entwickeln und Fortschritte zu machen.

Als islamischer Jurist leitet Şadr die Grundlagen seiner Argumente aus islamischen Lehren und heiligen Quellen her. Wir möchten hier seine konzeptionelle Beweisführung und seine wirtschaftliche Organisation der Gesellschaft darstellen und sehen, wie anwendbar diese Auffassungen und Programme in Wirklichkeit sind. Das Ziel der Untersuchung ist es, seine Argumente zu beleuchten und zu versuchen, die Struktur des islamischen Wirtschaftssystems zu verstehen. Seine Ansichten zur Wirtschaft sind Teil seiner allgemeinen politischen Theorie, die zur Errichtung eines umfassenden islamischen sozialen Systems entworfen wurde. Das Verhalten des islamischen Wirtschaftssystems sollte erst nach der Schaffung eines islamischen Staates beurteilt werden, in dem der ganze Bereich des sozio-ökonomischen menschlichen Verhaltens durch Regeln des Islams bestimmt ist. Şadr's Hauptwerk zur Wirtschaft entstand 1960—1961, und abgesehen von den Kampfschriften, die er in späteren Phasen seines Lebens schrieb, ist die Hauptbeweisführung seines Denkens in diesem Werk enthalten, in *Iqtisâdunâ* („Unsere Wirtschaft“)

Die Wirtschaft des islamischen Staates ist nach Şadr unterteilt in die des Individuums als dem Statthalter Gottes (*halîfa*) und des Herrschers als dem Zeugen (*şâhid*), der über die Anwendung des Gesetzes Gottes wacht. Die wirtschaftliche Struktur des islamischen Staates besteht somit aus privatem und öffentlichem Eigentum. Man sollte jedoch nicht annehmen, daß die wirtschaftliche Struktur eines islamischen Staates eine Art Kombination aus Kapitalismus und Sozialismus ist. Diese Fehlauffassung wird von Şadr strengstens verworfen. Er argumentiert, daß die Gegenüberstellung von privatem und öffentlichem Eigentumsrecht aus den fundamentalen Überzeugungen des Islams her stammt.<sup>1</sup> Dies ähnelt der Art, wie Privateigentum im kapitalistischen System und öffentliches Eigentum von den Sozialisten befürwortet wird: Als die logische Schlußfolgerung aus ihren ideologischen und philosophischen Überzeugungen. Um privates und öffentliches Eigentum im Islam zu rechtfertigen, muß man die Rechte und Pflichten des Individuums und des Staates im Islam verstehen. Şadr's ausführliche Beschreibung der wirtschaftlichen Beziehungen im islamischen Staat und seiner Wirtschaftsstruktur stellt die beste verfügbare Beweisführung für die Idee der islamischen Wirtschaft dar.

### **Wirtschaftliche Beziehungen**

Menschliches Verhalten wird nach Şadr in drei Typen von Beziehungen eingeteilt: sozial, ökonomisch und religiös. Sie rühren aus den Grundbe-

ziehungen des Menschen zu anderen Menschen, zu der Umwelt und zu Gott her. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind jedoch das Resultat seines inneren Instinktes der Eigenliebe, die „ihn immer dazu treibt, Gutes für sich selbst zu suchen, seine Interessen zu sichern und seine Bedürfnisse zu befriedigen.“<sup>2</sup> Folglich war der Mensch in seinem Verhältnis zur Umwelt bereit, alle möglichen Ressourcen zu nutzen, um seine Bedürfnisse zu befriedigen und sein Wohlbefinden zu erhöhen. Bereits früh war er fähig, sich der Tiere und Pflanzen als Hilfe in seinem Kampf gegen die Umwelt zu bedienen. Obwohl seine Grundbedürfnisse in den frühen Phasen der Geschichte einfach waren, ermöglichten ihm die Kräfte seines Verstandes, neue Mittel zu entwickeln, sich die Ressourcen der Umwelt nutzbar zu machen. So wachsen auch seine Bedürfnisse immer entsprechend der Komplexität seiner Nutzung der Umweltressourcen.

Die Beziehung des Menschen zu seinen Artgenossen war das natürliche Ergebnis der Notwendigkeit, seine Wünsche zu befriedigen. Die Komplexität des Lebens, die sich aus seinem Verhältnis zur Umwelt ergab, machte es schwierig, seine Bedürfnisse angemessen zu meistern. Erst die Zusammenarbeit mit anderen machte seine Bemühungen zur Bedürfnisbefriedigung handhabbar. Die Zusammenarbeit mit anderen hat zur Folge, daß der Nutzen von allen Mitgliedern der Gemeinschaft geteilt wird.<sup>3</sup> Die inneren Instinkte der Eigenliebe, die den Menschen dazu brachten, die erste Gemeinschaft zu schaffen, sind offensichtlich. Diese Instinkte führten dazu, daß der Mensch seinen Bruder ausnutzte.

Da Menschen in ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten nicht gleich waren, unterschieden sie sich auch klar in ihrer Nutzung der Umweltressourcen. Ein solcher Unterschied der Fähigkeiten ist Teil des göttlichen Planes, der menschlichen Gemeinschaft durch Arbeitsteilung Zusammenhalt zu geben. Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten üben innerhalb der sozialen Ordnung verschiedene Tätigkeiten aus.<sup>4</sup> Der menschliche Wunsch der eigenen Interessenmaximierung führte jedoch dazu, daß einige Menschen die Situation zu ihrem eigenen Vorteil ausbeuteten. Menschliche Bedürfnisse wuchsen entsprechend der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung des Menschen. Seine Erfahrung erhöhte seine Fähigkeiten, die Ressourcen seiner Umwelt zu nutzen. So wurde seine Leidenschaft vorherrschend, mehr von den Umweltressourcen sich selbst anzueignen. Folglich waren einige Menschen bereit, andere zu unterdrücken, um ihre Habgier und ihren Egoismus zu befriedigen (beides Ergebnisse der Eigenliebe). Nun war die menschliche Gemeinschaft mit Unterdrückung in Gestalt von wirtschaftlicher Ausbeutung konfrontiert.

Dieser Konflikt zwischen sozialem Frieden und dem individuellen Instinkt der Interessenmaximierung herrschte im Verlauf der ganzen Geschichte. Der historische Konflikt besteht, wie Şadr behauptet, zwischen zwei Klassen: den Individuen, die die Umweltressourcen kontrollieren (wirtschaftlich und sozial) und ihre Interessen zu schützen versuchen, und dem Rest der Gesellschaft, der in Frieden und Zusammenarbeit leben möchte. Marxisten glauben, daß das Problem dadurch entstanden sei, daß wenige Leute die wirtschaftlichen Ressourcen kontrollierten. Der einzige Weg, der Sozialordnung Frieden zu bringen, bestehe in der Revolution der unterdrückten Klasse, um die Sonderinteressen der privilegierten Klasse zu zerstören. Kapitalisten dagegen glauben, daß ein solcher sozialer Konflikt das Ergebnis der begrenzten Naturschätze der Umwelt sei, die nicht genügen, um die Bedürfnisse aller zu befriedigen.<sup>5</sup> Daher wird immer ein sozialer Konflikt herrschen. Nur durch schrittweise und Zuwachs erzeugende Reformen kann die Gesellschaft hoffen, den sozialen Konflikt daran zu hindern, Oberhand über den menschlichen Fortschritt zu gewinnen. Daher lehnen Kapitalisten jede Art sozialer Revolution ab. Der Islam stimmt jedoch mit keiner dieser Auffassungen überein und betrachtet die Umweltressourcen als ausreichend, um die Bedürfnisse aller Menschen zu befriedigen.

Nach Şadr liegt das Problem darin, die menschliche Natur zu lenken: Wie kann man den Instinkt der Eigenliebe in die richtige Richtung leiten? Solange es keine Lösung zur Beherrschung der menschlichen Begehrlichkeit und zur Abwendung der Kräfte, die andere ausbeuten, gibt, steht die Sozialordnung auf schwankenden Grundlagen. Daher, sagt Şadr offen, sind sozio-ökonomische Probleme das Ergebnis des Fehlverhaltens des Menschen. Er zeigt insbesondere zwei Gründe für sozio-ökonomische Probleme auf: 1. der oppressive Charakter des Menschen, der aus seiner Eigenliebe entsteht und 2. die Unfähigkeit des Menschen, wirtschaftliche Ressourcen richtig zu nutzen.

Nach der Interpretation von Şadr überleben die Übel, die aus der Unterdrückung des Menschen im wirtschaftlichen Lebensbereich herrühren, einerseits in der Gestalt einer ungleichen Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen und andererseits wegen der ineffektiven Nutzung dieser Ressourcen, deren Ergebnis ihre Unterentwicklung und Verschwendung ist. Für diese beiden Hauptfehler des wirtschaftlichen Verhaltens der Menschen muß eine Lösung gefunden werden. Şadr legt drei Komponenten einer islamischen Lösung dar:

1. Beendigung der verschiedenen Formen der Unterdrückung, die sich in der ungerechten Verteilung wirtschaftlicher Hilfsmittel ausdrückt;

2. Disziplinierung der menschlichen Natur, um den Instinkt der Eigenliebe zu beherrschen;
3. Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen zur Befriedigung der Bedürfnisse der ganzen Menschheit.

### **Die islamische Theorie der Verteilung**

Der erste Schritt zur Beseitigung der Widersprüche in der Wirtschaftsstruktur der Gesellschaft beginnt mit der Verteilung der Ressourcen unter dem Volk. Ein gerechtes soziales System ist eines, das allen die Teilhabe am Wirtschaftsvermögen erlaubt. Daher basiert das islamische Wirtschaftssystem auf diesem Kriterium.

Die erste Form wirtschaftlichen Vermögens sind die Bodenschätze. Die ungerechte Verteilung von Wirtschaftsvermögen beginnt mit der Frage des Eigentums an diesen Bodenschätzen. Man muß wissen, wer im Islam das Eigentumsrecht daran hat. Daher hat Şadr die Theorie der Verteilung der Naturschätze in zwei Phasen eingeteilt: in die Phase vor der Produktion und nach der Produktion, oder, wie er es nennt, primäres bzw. sekundäres Vermögen.<sup>6</sup> Sein Anliegen ist es, die doktrinäre Grundlage der islamischen Lehre über wirtschaftliches Eigentum herauszufinden. In dieser Phase ist es seiner Meinung nach für die Frage der sozialen Gerechtigkeit irrelevant, Wirtschaft empirisch zu untersuchen. Oder, anders ausgedrückt, versucht er eine ideologische Theorie zu entwickeln, die sich mit diesem Thema auseinandersetzt. Eine empirische Untersuchung der Wirtschaft kommt sehr viel später, um zu bewerten, ob die Anwendung der ideologischen Theorie im wirklichen Leben eine entsprechende Grundlage hat.

### **Die Verteilung der Naturschätze**

Bei dem Aufbau des konzeptionellen Rahmens seiner Theorie steht Şadr auch im Widerspruch zu den politischen Wirtschaftswissenschaftlern über den Umfang wirtschaftlicher Ressourcen. Er klammert Kapital und Arbeit als Teile der Wirtschaftsressourcen aus. Nur die Natur kann in der Theorie der Verteilung der Naturschätze berücksichtigt werden. „Denn tatsächlich ist Kapital ein geschaffenes Vermögen und nicht eine Primärquelle der Produktion, denn es stellt wirtschaftlich gesehen jeden Wert dar, der durch menschliche Arbeit produziert und entstanden ist und wieder in die Erschließung von neuem Vermögen investiert werden kann.“<sup>7</sup>

Andererseits wird die Natur selbst in vier Kategorien eingeteilt: 1. Land; 2. Rohstoffe; 3. Wasser und 4. andere Naturschätze wie Lebewesen in Luft, Wasser und Land.<sup>8</sup> Obwohl die Gesetze des Islams scheinbar verschiedene Regeln für jede dieser Kategorien umfassen, nutzt Şadr seine Findigkeit, um für alle eine gemeinsame Grundlage zu entdecken und stellt damit seine Interpretation der sogenannten „allgemeinen Wirtschaftstheorie des Islams“ vor.

Der einzige Eigentümer von Land und Rohstoffen ist der islamische Staat. Menschen können besondere Eigentumsrechte erlangen, wenn sie ihre Arbeitskraft investieren, um diese Naturreserven zu erschließen, wie in Landwirtschaft und Bergbau. Einzelne können beispielsweise Vorrang vor anderen für ein Stück Land oder eine Mine, die sie bearbeiten, erhalten. Ein spezielles Eigentumsrecht kann nur durch Arbeit erlangt werden, die in die Erschließung dieses Landes oder Rohstoffes investiert worden ist, und dieses Recht läuft aus, sobald die Erschließung endet.<sup>9</sup> Menschen, die diese Ressourcen nutzen, müssen für die Nutzung Vermögenssteuern an den islamischen Staat zahlen.

Wasser indessen kann besessen werden, wenn es der wirtschaftlichen Entwicklung dient. Obwohl der einzige Eigentümer des Naturrohstoffes Wasser der Staat ist, müssen alle Menschen für ihren eigenen Bedarf Zugang dazu haben. Einzige Ausnahme ist unterirdisches Wasser, bei dem der einzelne, der seine Arbeit investiert, um seinen Gebrauch zu erschließen, das ausschließliche Gebrauchs- und Nutzungsrecht besitzt.<sup>10</sup>

Andere Naturschätze wie Vögel, Säugetiere, Pflanzen und alles, was im Meer lebt, sind öffentliches Eigentum. Die Quellen des Wirtschaftsvermögen können durch individuelle Leistungen Privateigentum werden.<sup>11</sup> Daher haben die Menschen, nicht der Staat, das ausschließliche Recht, Ressourcen durch ihren **Arbeitseinsatz** zu besitzen. Dieses Recht kann ihnen nicht verlorengehen, und sie brauchen dafür keine Vermögenssteuern zu zahlen.

Auf der Grundlage dieser Vorstellungen schließt Şadr, daß die Menschen selbst, oder, genauer gesagt, die sie vertretende Regierung, die einzigen und legitimen Besitzer der Naturschätze sind. Individuen können Sonderprivilegien zur Nutzung dieser Ressourcen nur durch die Investition ihrer **Arbeit** zur Erschließung dieser Ressourcen erlangen. Andere Formen des individuellen Einsatzes, wie der Einsatz von Gewalt zur Erlangung von Besitz, werden nicht als legitime Mittel des Eigentumserwerbs betrachtet. Genau genommen ist es ausschließlich der menschliche Arbeitseinsatz, der eine legale Bedeutung für das Eigentum von Naturressourcen hat. Allgemein gesagt, gibt der Islam einem Individuum nur dann das Recht, Privateigen-

tum zu besitzen, wenn es durch seine ständige Bemühung danach strebt, diese Ressourcen zu erschließen, um der ganzen Gesellschaft Nutzen zu verschaffen. Sobald die private Erschließung dieser Naturreserven aufhört, endet auch das Recht auf Privateigentum.<sup>12</sup> Daraus leitet Şadr das erste Prinzip seiner Theorie ab:

Aller natürlicher Reichtum ist Teil des öffentlichen Sektors und Individuen erhalten das besondere Recht der Nutzung nur aus einem Grund, nämlich Arbeit, gekennzeichnet durch Erschließung (dieser Ressourcen) durch direkte Leistung (des Individuums selbst).<sup>13</sup>

Nach dem obigen Prinzip darf ein Individuum nicht andere Individuen ausnutzen, um einen Naturschatz zu erschließen, um dadurch das Recht auf Eigentum beispielsweise an einen großen Grundbesitz zu erlangen; vielmehr müssen dann alle am Eigentum und am Nutzen dieses natürlichen Reichtums auf der Basis ihrer Arbeit beteiligt sein. Der Islam lehnt das kapitalistische Prinzip des Privateigentums an großen Naturschätzen völlig ab mit der Begründung, daß sie durch die Arbeit anderer erschlossen werden. Aus demselben Grund können Industrien zur Erschließung solcher Bodenschätze wie Öl und Mineralien nur vom Staat besessen und verwaltet werden. Trotz der Betonung des öffentlichen Eigentums an Naturschätzen führt Şadr das Konzept „Vorrecht der Nutzung“ natürlicher Wirtschaftsressourcen durch das Individuum ein. Er stellt fest, daß diejenigen, die die Kraft und den Willen zur Ausnutzung der Ressourcen haben, auch das Recht des Zugangs zu ihnen haben, wenn eine solche Ausnutzung dem öffentlichen Interesse dient.

### **Verteilung des produzierten Vermögens**

Außerdem entwickelt Şadr eine islamische Theorie der Verteilung produzierter Gebrauchsgüter. Produziertes Vermögen wird eingeteilt in: 1. primäre Gebrauchsgüter, wie landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe; 2. sekundäre Gebrauchsgüter, das sind Primärgüter, die zu verschiedenen Produkten weiterverarbeitet werden. In beiden dieser Produktionsphasen nimmt Kapital, das aus früheren wirtschaftlichen Bestrebungen entstanden ist, wie auch die Produktionsmittel (Werkzeuge und Maschinen) gleichermaßen am Produktionsprozeß dieser fortgeschrittenen wirtschaftlichen Aktivität teil. Im Gegensatz zur kapitalistischen Idee jedoch haben diese Komponenten keinen Anteil am Produkt, sondern sie erlangen besondere Rechte für ihren Gebrauch und Verschleiß im Produktionsprozeß.

Wie bereits bei dem vorigen Prinzip erwähnt, gibt der Islam dem Arbeiter das ausschließliche Recht des Eigentums an produzierten Gütern. Şadr erkennt jedoch an, daß menschliche Arbeit nur eine der Komponenten in der Produktion von primären Gebrauchsgütern ist. Die anderen Komponenten sind die Natur und Umwelt und die Werkzeuge, die dem Menschen im Produktionsprozeß helfen. Die Werkzeuge oder Produktionsmittel enthalten nach Şadr „die gespeicherte Arbeit früherer Produktionsphasen, die während ihres Gebrauchs im Produktionsprozeß erschöpft und ausgelöscht wird.“<sup>14</sup> In diesem Fall — sofern die Werkzeuge nicht das Eigentum des Arbeiters sind, der von ihrem Gebrauch während des Produktionsprozesses profitiert — muß der legitime Eigentümer der Werkzeuge für ihre Nutzung, d. h. für den Verbrauch der in ihnen enthaltenen Arbeit, bezahlt werden.<sup>15</sup> Nach Şadr liegt hierin einer der hauptsächlichsten ideologischen Unterschiede zwischen Kapitalismus und Islam. Ersterer hält den Eigentümer der Produktionsmittel für den einzigen Eigentümer der produzierten Gebrauchsgüter, während der Islam der Auffassung ist, daß nur der Arbeiter einen legitimen Anspruch auf die produzierten Gebrauchsgüter hat. Im Kapitalismus müssen die Werkzeuge einen Anteil am Produkt erhalten, weil ihr Gebrauch, wie die menschliche Arbeit, die Aufwendung eines bestimmten Anteils von Arbeit im Produktionsprozeß bedeutet. Im Islam unterstützen Werkzeuge nur die Menschen und helfen ihnen, den Produktionsprozeß zu erleichtern. Daher müssen ihre Eigentümer durch Zahlung einer Leihgebühr entschädigt werden, nicht durch einen Anteil am Gewinn.<sup>16</sup>

Folglich hat nur der Arbeiter einen legitimen Anspruch auf die Produkte seiner Leistungen. Daher ist es in der islamischen Wirtschaft undenkbar, stellt Şadr fest, daß jemand andere beschäftigt, sie bezahlt und ihnen Werkzeuge verschafft und dann allein in den Besitz der Produkte ihrer Arbeit gelangt.<sup>17</sup> Entsprechend können Industrien und Produktionseinheiten, die viele Arbeiter beschäftigen, im islamischen Staat nur arbeiten, wenn sie in öffentlichem Besitz sind. In Şadrs theoretischer Vision kann industrielle kapitalistische Produktion keinesfalls in einem islamischen Wirtschaftssystem entstehen, außer durch direkten Eingriff und Kontrolle des Staates in der Wirtschaftsentwicklung. Der Staat kann im Auftrage der Gesellschaft, die der einzige Eigentümer von Wirtschaftsressourcen ist, Menschen anstellen und ihnen nur Löhne zahlen, statt ihnen einen Anteil an den produzierten Gebrauchsgütern zu geben.

Darüber hinaus erhält die Gesellschaft, da die Nutzung des wirtschaftlichen Reichtums der Umwelt in der Verantwortung der Gesellschaft als



Ganzes — als der einzigen Eigentümerin und Nutznießerin der Naturschätze — liegt, einen Anteil an der Produktion von primären Gebrauchsgütern. In dieser Produktionsphase hat der Staat das Recht, den sogenannten *tasq* (Einkommenssteuer) von den Produzenten einzuziehen, um die Kosten der sozialen Wohlfahrt zu finanzieren und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.<sup>18</sup>

Bezüglich der Produktion von sekundären Gebrauchsgütern gibt der Islam den Eigentümern der primären Gebrauchsgüter das Recht, einen Anspruch auf das Endprodukt anzumelden. Die Rechtmäßigkeit seines Eigentums endet nicht, nur weil ihm jemand behilflich ist, sein Gebrauchsgut in andere Formen umzuwandeln. Wenn ein Individuum Rohstoffe besitzt, hat es das Recht auf die Gebrauchsgüter, die aus diesem Rohstoff hergestellt worden sind. Klar ausgedrückt, besitzt der Arbeiter in diesem Falle nicht nur das Produkt aus den natürlichen Ressourcen, sondern auch die produzierten Gebrauchsgüter in späteren Produktionsphasen. Wenn beispielsweise der Staat durch seine in öffentlichem Besitz befindlichen Unternehmen gewisse Bodenschätze gewinnt, dann hat er auch das Recht auf Eigentum an all den Endprodukten, die aus diesen Naturschätzen gewonnen werden. Menschen, die an dieser Produktion beteiligt sind, werden für ihre Arbeit bezahlt. Industrien, die natürliche Bodenschätze erschließen, können, theoretisch gesprochen, in einem islamischen Wirtschaftssystem nicht besessen werden. Nur weil der Staat der primäre Eigentümer der Bodenschätze ist, hat er auch das Recht, das produzierte Produkt zu besitzen. Es gibt jedoch ein theoretisches Schlupfloch, das Kapitalisten in einem islamischen Wirtschaftssystem blühen und gedeihen läßt, das in dem Erwerb von Naturschätzen durch Privatunternehmen durch Pacht vom Staat besteht, wodurch diese einen legitimen Besitzanspruch auf die produzierten Güter haben.

Jedenfalls wird das Eigentumsrecht nicht durch den Gebrauch von Produktionsmitteln beeinträchtigt, die jemand anderem gehören. Die Eigentümer von Werkzeugen und Maschinen werden für deren Gebrauch im Produktionsprozeß bezahlt. Mit der gleichen Begründung kann der Besitzer von primären Gebrauchsgütern auch jemand anderen mieten, um seine Waren zu produzieren. In diesem Fall erhält der Arbeiter den Lohn für seine Arbeit, der in einem Arbeitsvertrag festgelegt sein sollte. Folglich hat der Arbeiter kein Anrecht auf das Endprodukt, das er herstellt.<sup>19</sup>

Der Islam bestimmt zwei Zahlungsweisen für den gemieteten Arbeiter: Die erste ist das Gehalt, mit dem er für den Arbeitsaufwand bezahlt wird, den er zur Erfüllung seiner Aufgaben erbringt; die zweite ist ein Gewinn-

anteil an dem erzeugten Gut. In diesem Fall erhält der Arbeiter den in seinem Abkommen mit dem Eigentümer der primären Gebrauchsgüter festgelegten Prozentanteil des Gewinns. Das allgemeine Prinzip im Islam für Einkünfte ist:

. . . daß Einkünfte nur auf dem Arbeitsanteil beruhen, der während des (Produktions-) Prozesses geleistet wird, daher ist die geleistete Arbeit das einzige legitime Mittel für jemanden, vom Eigentümer im Produktionsprozeß bezahlt zu werden . . . und ohne einen solchen Beitrag haben seine Einkünfte keine legitime Grundlage.<sup>20</sup>

Auf diesem Wirtschaftsprinzip beruhend, kann der Eigentümer von Kapital keinen festen Betrag als Bezahlung vom Eigentümer der Primärgüter erhalten, denn das wäre Wucher, der verboten ist. Finanzielles Kapital kann überhaupt nicht als der Beitrag irgendeiner Arbeitsleistung betrachtet werden.<sup>21</sup> Eine feste Bezahlung kann im Islam nur in einem Fall erlaubt sein, wenn nämlich der Arbeitseinsatz benutzt wird, entweder direkt vom Arbeiter oder indirekt (angesammelte Arbeit) durch die Produktionsmittel. Bei finanziellem Kapital wird keinerlei Arbeit erschöpft oder verbraucht. In diesem Zusammenhang ist es dem Besitzer von Kapital nur erlaubt, Gewinn und Verlust mit dem Besitzer der Primärgüter zu teilen. Die Rechtmäßigkeit von Einkünften beruht in diesem Fall auf seiner Hilfe, den Produktionsprozeß zu vereinfachen, wofür er es verdient, in Gestalt einer Gewinnbeteiligung belohnt zu werden.

### **Die Lenkung der menschlichen Natur**

Die erste Aufgabe des islamischen politischen Systems ist es, alle Arten der Unterdrückung in wirtschaftlichen Beziehungen aufzuheben und die Grundlagen für ein gerechtes System der Verteilung der Wirtschaftsressourcen zu legen. Die Quelle der Ungerechtigkeiten sind nach Şadr jedoch weder die soziale Lage noch die Produktionsmittel, sondern vielmehr die menschliche Natur selbst, der innere Instinkt der Eigenliebe, der den Menschen dazu treibt, nur sein eigenes Überleben zu sichern. Ein solcher Instinkt ist für das Überleben des Menschen auf der Erde unerläßlich. Gewinn, die wirtschaftliche Manifestation der Eigenliebe und entstanden aus der Privatinvestition, ist der große Motor menschlicher wirtschaftlicher Leistungen. Er gibt dem Individuum den persönlichen Anreiz zu harter Arbeit und zur Überwindung von Schwierigkeiten und Herausforderungen. Wenn man das Gewinnstreben jedoch ohne eine moralische Kontrolle läßt, wird es in verschiedenen Formen der Unterdrückung manifest.

Die Menschen werden sich nur um ihre eigenen Interessen kümmern bis hin zum Mißbrauch der Interessen anderer. Solange man nicht eine Lösung für die Probleme der menschlichen Natur findet, wird der Mensch sogar in einem gerechten Verteilungssystem Mittel und Wege zum Mißbrauch finden. Denn der soziale Widerspruch stammt tatsächlich aus dem individuellen Instinkt der Eigenliebe. Im kapitalistischen System offenbart sie sich in der Gestalt der wirtschaftlichen Ausbeutung anderer. Im kommunistischen System, wo es kein Privateigentum mehr gibt, offenbart sich die Eigenliebe des Menschen in politischer Unterdrückung wie in Machtkämpfen und der Sicherung besonderer sozialer Privilegien.<sup>22</sup>

Die Religion gibt, nach Şadr, der Menschheit die einzige Lösung zu diesem grundlegenden und tiefverwurzelten Problem der menschlichen Natur. Die Religion überwindet die menschliche Natur, indem sie zahlreiche Wege der Selbstbeherrschung aufzeigt, die die menschlichen Instinkte richtig regulieren und zu einem angemessenen sozialen Verhalten leiten können. Mit anderen Worten kann sie den Widerspruch zwischen sozialen und privaten Interessen aufheben.

Der erste dieser Mechanismen der Selbstbeherrschung ist ein spiritueller, die psychologische Kraft, die den Menschen sein Verhalten beherrschen läßt. Der Mensch ist der Statthalter Gottes, das bedeutet, er ist der Stellvertreter des Allmächtigen auf Erden. In wirtschaftlicher Hinsicht ist er der Sachwalter Gottes für das Vermögen, das für die Menschheit geschaffen wurde. Diese Bedeutung von Stellvertretung impliziert, daß der Mensch für sein wirtschaftliches Handeln vor Gott verantwortlich ist. Als Stellvertreter Gottes muß der Mensch sein Verhalten gemäß Gottes Willen regeln und die Naturschätze dementsprechend gebrauchen.<sup>23</sup> Der Mensch ist in seinem Handeln für ungebührliches Benehmen und die Verschwendung von gottgegebenem Reichtum verantwortlich; solche Taten ziehen schwere Strafe nach sich. Umgekehrt gewährleistet der Gehorsam gegenüber dem Willen Gottes eine gerechte Belohnung und den Beifall Gottes:

Und er ist es, der euch als Nachfolger (Statthalter) auf der Erde eingesetzt hat. Und er hat den einen von euch einen höheren Rang verliehen als den anderen, um euch mit dem, was er euch gegeben hat, auf die Probe zu stellen. Dein Herr ist schnell im Bestrafen. Aber er ist (auch) barmherzig und bereit zu vergeben. (Koran 6,165)

Folglich kann der Mensch erwarten, daß er Rechtleitung erfährt, wie das gottgegebene Vermögen verteilt und behandelt werden sollte. Es ist dieses Bindeglied zwischen dem Hier und Heute und dem Jenseits, das zwischen gesellschaftlichen und privaten Interessen einen Ausgleich schafft. Jeder, der um anderer willen Opfer bringt, wird belohnt. Die religiöse Lösung ist

somit nicht materialistisch, sondern spirituell und lehrt den Menschen, anderen zu dienen und seine Privatinteressen zugunsten des gesellschaftlichen Nutzens unterzuordnen. Damit dient und nutzt er ebenso sich selbst. Im Islam ersetzt die Gottesfurcht und der Wunsch, Sein Wohlgefallen zu erlangen, die ehrgeizige Habgier der menschlichen Natur. Wenn es der Religion erst gelingt, Menschen zu erziehen, die ihre inneren Instinkte und Leidenschaften beherrschen können, wird die soziale Ordnung vor Widersprüchen und individuellem Mißbrauch und Manipulation geschützt sein.

Da diese Zielsetzung utopisch ist, hat der Islam soziale Mechanismen entwickelt, um Frieden und Eintracht in der menschlichen Gesellschaft zu wahren. Gott hat die Rolle des Statthalters nicht dem Individuum *per se* zugeschrieben, sondern eher der Menschheit. Die Gemeinschaft ist der Sachwalter Gottes über die wirtschaftlichen Ressourcen. Sie, als Gruppe, ist verantwortlich für die Verwaltung der Naturschätze und der menschlichen Ressourcen zum Nutzen und Wohle der Gruppe. Der folgende Koranvers verweist auf diese gesellschaftliche Verantwortung:

Und gebt nicht euer Geld, das Gott euch zum Unterhalt bestimmt hat, den Schwachsinnigen . . . (Koran 4,5)

Nach Šadr's Interpretation des obigen Verses betrachtet Gott das Geldvermögen der geistig Behinderten als das Eigentum der Gemeinschaft. Daher ist die gesamte Gesellschaft verantwortlich dafür, daß das Vermögen der Schwachsinnigen nicht unterschlagen und falsch verwendet wird. Eine solche soziale Kontrolle über Geldvermögen macht das Individuum nicht nur gegenüber Gott, sondern auch gegenüber seinen Mitmenschen rechen-schaftspflichtig.

Der Islam mißbilligt alle Werte, die die Gesellschaft wirtschaftlichem Reichtum zuschreibt. Überfluß und finanzieller Reichtum des Individuums sind nicht ein Zeichen für soziales Prestige. Der Islam möchte, daß der einzelne Reichtum als eine Last empfindet und überträgt den Reichen die Verantwortung, sowohl sich selbst als auch der Gesellschaft zu dienen.<sup>24</sup> Es sollte nicht das Lebensziel des einzelnen sein, Überfluß anzuhäufen, wie in der kapitalistischen Gesellschaft, die den Menschen veranlaßt, alle Mittel zu nutzen, um sein Vermögen zu vergrößern, selbst wenn es anderen schadet und sie unterdrückt. Wenn man jedoch an Reichtum als ein Mittel denkt, um das Wohlgefallen Gottes zu erringen, dann wird es zur sozialen Norm der Reichen und Wohlhabenden, anderen zu helfen und nicht, sie zu unterdrücken. Mit anderen Worten dient der Islam dazu, die sozialen Werte zu verändern, die mit dem Besitz von Vermögen und Privatkapital einhergehen. Es ist nicht notwendig, Privatbesitz abzuschaffen, wie der Marxis-

mus vorschreibt. Eine Sozialpolitik der Abschaffung von Privateigentum kann, nach Şadr, nicht erfolgreich sein, weil sie gegen die menschliche Natur ist. Die einzige Lösung ist, das Sozialethos zu reformieren, daß Reichtum nicht mehr ein individuelles Ziel ist, sondern ein gesellschaftliches Mittel, um ein höheres moralisches Ziel zu erreichen.

### **Wirtschaftliche Entwicklung**

Der dritte Teil der islamischen Lösung des Wirtschaftsproblems besteht nach Şadr in der „Förderung von Produktion und Nutzung von Naturressourcen der Umwelt in vollstem Umfang.“<sup>25</sup> Gott hat in der Natur einen Überfluß an Ressourcen geschaffen, um die menschlichen Bedürfnisse auf Erden zu befriedigen. Daher wird der Mensch ermutigt, den Überfluß an Gottes Güte zu seinem Nutzen zu gebrauchen. Nach Şadr hat „der Islam, ideologisch gesehen, die Erschließung von Wirtschaftsvermögen und die Nutzung der Naturschätze im größtmöglichen Umfang als Ziel für die Gesellschaft definiert.“<sup>26</sup> Ähnlich dem Kapitalismus bestätigt der Islam dieses Wirtschaftsziel; sie unterscheiden sich jedoch in ihrem Ansatz, dieses Ziel zu erreichen. Während der Kapitalismus „jedes Mittel zur Entwicklung der Produktion und Erhöhung des Vermögens, das dem Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit widerspricht, verwirft, lehnt der Islam solche Mittel ab, die seiner Verteilungstheorie (der Wirtschaftsressourcen) und seinem Prinzip der Gerechtigkeit widersprechen.“<sup>27</sup>

Dennoch demotiviert der Islam, wie oben gesagt, das Individuum, rein materielle Ziele zu verfolgen, indem er die flüchtigen Gewinne dieser vergänglichen Existenz abwertet. Şadr hält finanziellen Wohlstand für das Ziel einer tugendhaften Gesellschaft, nicht des Individuums. Denn Gott hat schließlich alles auf Erden und im Himmel geschaffen, um dem Menschen zu dienen.<sup>28</sup> Der Islam lehnt materiellen Gewinn nur dann ab, wenn er der äußerste Ehrgeiz des Menschen ist, der ihn andere unterdrücken läßt. Der Islam fördert die Askese (*zuhd*) als einen Wert, der den Menschen lehrt, materiellen Wohlstand nicht als das Endziel seines Lebens zu betrachten.<sup>29</sup> *zuhd* ist der Mechanismus des Menschen zur Selbstkontrolle, die er braucht, um seine Begierden zu bekämpfen und seine Anstrengungen auf Gott zu richten. Sie ist jedoch nicht das Ziel der Sozialordnung der Gläubigen.

Es genügt zu erwähnen, daß Überfluß und ein hoher Lebensstandard die Menschheit in ihrer Reise zu Gott unterstützen. Leiden kann eine solche Bewegung verhindern. Es gibt nämlich eine direkte Beziehung zwischen

dem Verhältnis des Menschen zu Gott und seinem Verhältnis zur Natur. Je mehr die Menschen nach Gott streben, um so reichlicher wird die Natur für die Erfüllung ihrer Bedürfnisse sorgen. Sozialer Überfluß ist der Beweis für die Zufriedenheit Gottes mit dem Menschen. Andererseits endet die Undankbarkeit des Menschen gegenüber Gott, deren äußerer Ausdruck oder Symptom soziale Ungerechtigkeit ist, im Verfall der wirtschaftlichen Ressourcen und Produktivität und in der Entartung seiner sozialen Existenz.<sup>30</sup>

Der Islam lenkt durch seine religiösen Vorschriften aber auch die gesellschaftliche Energie zur Produktivität. Im islamischen Wirtschaftssystem ist Verdienst ausschließlich mit Arbeit verbunden. Alle anderen Arten des Verdienstes und Besitzes werden abgeschafft. Der Besitz von Naturressourcen gilt als nicht legitim, sofern er nicht mit den ständigen menschlichen Anstrengungen zu ihrer Erschließung verbunden ist. Jede Art des Verdienstes, die keine menschliche Arbeit erfordert, ob im Handel oder in der Produktion, ist verboten. Aus diesem Grunde wurde der Einsatz von Kapital zur Erzielung von Gewinn abgeschafft. Die einzig legitime Art, Kapital einzusetzen, ist, es in die Produktion zu investieren und das Risiko von Gewinn und Verlust zu teilen. Um die Verwendung von Kapital für die wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten, verbietet der Islam strikt das Horten von Geld und setzt eine jährliche Steuer fest, um Vermögen abzuwerten, das nicht in den Produktionsprozeß einfließt. Darüber hinaus sind alle nutzlosen wirtschaftlichen Aktivitäten wie Glücksspiel, Magie und Gauklerei im Islam verboten.<sup>31</sup>

Hinzu kommt, daß im Islam das Erkunden aller Wissensgebiete und die Suche nach wirksamen Mitteln der Produktion verbindlich für alle Muslime sind, damit die Naturressourcen maximal genutzt werden.<sup>32</sup> Die Wirtschaftskraft der Muslime ist analog ihrer militärischen Stärke. Die Macht des islamischen Staates wird an seinem wirtschaftlichen Fortschritt und an seinem sozialen Wohlstand gemessen. Daher legt der Islam großen Wert auf politische Führung, um die sozialen Aktivitäten zu steuern, wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und Verschwendung zu verhindern.

### **Die Rolle des Staates**

Wie bei der Verteilungstheorie bereits angesprochen, besitzt der islamische Staat das ausschließliche Recht auf Besitz von Naturschätzen. Folglich hat er die absolute Kontrolle über alle Aspekte wirtschaftlicher Aktivitäten. Nach Şadr ist der Eigentümer der Naturschätze oder primären Ge-

brauchsgüter auch der alleinige Eigentümer der sekundären Gebrauchsgüter. Im Grunde kann die Regierung des islamischen Staates den Fluß von Reichtum in der Gesellschaft bestimmen und den wirtschaftlichen Fortschritt festsetzen. Hauptziel des islamischen Staates ist es, Strategien zu entwerfen, um die Naturschätze in größtmöglichem Umfang zu erschließen, um der ganzen Gesellschaft zu nutzen.

Um dieses wirtschaftliche Ziel zu erreichen, hat der Staat das Recht, gesellschaftliche wirtschaftliche Ressourcen zu verteilen, um das höchste Maß an Produktion zum Wohlergehen aller zu erreichen. Der Staat trägt die Verantwortung, für die Grundbedürfnisse der Gesellschaft zu sorgen und den wirtschaftlichen Wohlstand seines Volkes zu gewährleisten. Darin unterscheidet er sich von kapitalistischen Staat, der diese Aufgabe der Fluktuation des Marktes überläßt. Ebenso widerspricht dies der marxistisch-leninistischen Theorie, die staatliche Kontrolle über alle Aspekte wirtschaftlicher Aktivitäten fordert. Der islamische Staat gibt die Leitlinien des wirtschaftlichen Handelns vor und zugleich dem Individuum das Recht auf Privatbesitz, um diese sozialen Ziele zu erreichen. Die Aufgabe der Regierung ist die Überwachung und Lenkung wirtschaftlicher Aktivitäten. Folgerichtig hat der Islam der Regierung einen hohen Grad an Flexibilität gelassen, um neue Richtlinien auszuarbeiten, um auf alle auftretenden wirtschaftlichen Gegebenheiten reagieren zu können. Şadr nennt das Fehlen von Einschränkungen in der *şarʿa* die *manâtiq al-farâg* (die Ermessensgebiete des Rechts), in denen der Jurist das Recht hat, Urteile und Regeln nach den Vorschriften der Rechtsprechung zu erlassen.<sup>55</sup> Er hält diesen Bereich der Legislative durch den Gesetzgeber für einen realistischen Ansatz, die Entwicklung von wirtschaftlichen Aktivitäten und Produktionsmitteln zu gewährleisten. Die Führung in einem islamischen Staat kann somit alle neuen Gesetze oder Vorschriften erlassen, die sie bei neuauftretenden Gegebenheiten für geeignet hält, den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Menschen zu entsprechen und eine maximale Ausnutzung wirtschaftlicher Quellen zu gewährleisten. Mit anderen Worten kann eine islamische Regierung ein breites Spektrum von wirtschaftlich-politischen Maßnahmen ergreifen, von umfassender wirtschaftlicher Kontrolle bis hin zu freiem Unternehmertum, um ihre sozialen Ziele umzusetzen. In diesem Fall muß sich die Regierung auf Wirtschaftswissenschaftler und Experten stützen, die nach den besten Möglichkeiten suchen, die Leitlinien der staatlichen Ökonomie festzusetzen (vorausgesetzt, daß sie sich nicht über die Verteilungstheorie hinwegsetzen).

Eine solche unbeschränkte Rolle der Regierung in der Wirtschaft des islamischen Staates ist gerechtfertigt wegen ihrer grundlegenden sozialen Verant-

wortung. Der Staat ist für das soziale Wohlergehen aller Menschen verantwortlich.<sup>34</sup> Die Wirtschaftsressourcen des islamischen Staates werden nicht nur nach Arbeit und Produktionsfähigkeit verteilt, sondern auch entsprechend den Bedürfnissen. Nicht alle Menschen der Gesellschaft können arbeiten und einige derer, die es tun, können dennoch ihre Bedürfnisse nicht befriedigen. Šadr erkennt in der Gesellschaft drei wirtschaftliche Klassen: 1. diejenigen, die die geistige und/oder körperliche Kraft besitzen, mehr zu produzieren als sie brauchen; 2. diejenigen, die arbeiten können, aber nur so viel, daß sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen können; 3. diejenigen, die weder die geistigen noch die körperlichen Fähigkeiten haben, produktiv zu arbeiten.

Es ist die Verantwortung der Regierung, auch für die beiden letzteren Klassen zu sorgen und sich dabei nicht nur auf die allernotwendigsten menschlichen Bedürfnisse zu beschränken. Menschen in einem islamischen Staat müssen in Würde leben, d. h. ihr wirtschaftlicher Status muß auf ein akzeptables allgemeines Niveau gehoben werden. Daher muß der Staat die wirtschaftlichen Mittel haben, um ein soziales Wohlfahrtsprogramm finanzieren zu können.

Was Gott seinem Gesandten von den Bewohnern der Städte (als Beute) zugewiesen hat, gehört Gott und seinem Gesandten, des weiteren (w. und) den Verwandten (w. dem Verwandten), den Waisen, den Armen und dem, der unterwegs ist (oder: dem, der dem Weg (Gottes) gefolgt und dadurch in Not gekommen) ist (w. dem Sohn des Weges), damit es nicht unter denen von euch umläuft, die (schon) reich sind. (Koran 59,7)

Nach Šadr verweist der Vers auf zwei Dinge: erstens, die Verteilung der Wirtschaftsressourcen zwischen Regierung und Bedürftigen; zweitens die Verteilung von Vermögen auf eine Art, die verhindert, daß die Reichen die Wirtschaft kontrollieren. Beruhend auf dieser Interpretation argumentiert Šadr, daß die Hauptprinzipien der islamischen Wirtschaft folgende sind: 1. öffentliches (d. h. staatliches) Eigentum der Produktionsmittel und Verteilung; 2. zentrale Wirtschaftsplanung.

Nur durch die Kontrolle aller Ressourcen der Gemeinschaft durch die Gesellschaft können das allgemeine Bedürfnis nach sozialer Sicherheit gewährleistet und die wirtschaftlichen Grundrechte des einzelnen gesichert werden. Folglich hat eine legitime islamische Regierung die Verantwortung, eine langfristige Planung zu unternehmen, um dem Allgemeinwohl zu dienen und den Unsicherheiten des Marktes entgegenzusteuern.

Der Islam erkennt an, daß es Einkommensunterschiede gibt, bemüht sich aber, einen angemessenen Lebensstandard für alle zu schaffen. Um eine solche sozio-ökonomische Situation herzustellen, schafft der Islam,



obwohl er feste Steuern von wohlhabenden Bürgern erhebt, einen sozialen und moralischen Mechanismus. Verschwenderischer und extravaganter Lebensstil werden vom Islam völlig abgelehnt. Der Islam verbietet ebenfalls Verschwendung bei der Produktion und beim Konsum, damit er die Ressourcen der Gesellschaft so nutzen kann, daß sie die Bedürfnisse aller befriedigen und soziale Gerechtigkeit entsteht. Der Staat hat auch das Recht, Löhne und Preise festzusetzen, um Egoismus und Habgier derer zu bekämpfen, die finanzielles Vermögen besitzen, und einen gerechten Lebensstandard für alle zu erzielen. Zusammengefaßt kann man sagen, daß das Hauptziel des islamischen Staates das Wohlergehen aller Bürger ist.

### Anmerkungen:

- \* Der Artikel, erschienen in Al-Tawhîd, Nr. 1, Jg. X, 1413/1992, ist ein Teil der Dissertation des Autors über „Die islamische politische Theorie von Muḥammad Bâqir aṣ-Ṣadr aus Irak“. Er ist Gastwissenschaftler am Center of Near Eastern Studies, UCLA.
- 1. aṣ-Ṣadr: *al-Ġānib al-iqtisādî min an-nizâm al-islâmî* (Die wirtschaftliche Perspektive des islamischen Systems), in: *Iḥtarnâ lak*, Beirut, Dâr az-Zahrâ, 1982, S. 112—113.
- 2. aṣ-Ṣadr: *an-Nizâm al-islâmî muqâranan bi-n-nizâm ar-ra'smâlî wa-l-mârk-sî* (Das islamische System verglichen mit dem kapitalistischen und dem marxistischen System), in: *Iḥtarnâ lak*, S. 160.
- 3. *Ibid.*, S. 161.
- 4. aṣ-Ṣadr: *Iqtisâdunâ* (Unsere Wirtschaft), Beirut, Dâr at-Ta'âruf, 1982, S. 311—313.
- 5. Hier scheint Ṣadr die Auffassungen von Thomas Robert Malthus zu meinen. Er übergeht andere kapitalistische Wirtschaftstheoretiker, die glauben, daß die Ursache wirtschaftlicher Probleme in der Verteilung des Wirtschaftsvermögens liegt.
- 6. aṣ-Ṣadr: *an-Nazarîya al-islâmîya li-tauzîf al-maṣâdir aṭ-ṭabî'îya* (Islamische Theorie der Verteilung der Naturressourcen), in: *Iḥtarnâ lak*, S. 136—137.
- 7. *Ibid.*, S. 138.
- 8. *Iqtisâdunâ*.
- 9. *Ibid.*, S. 483.
- 10. *Iqtisâdunâ*, S. 519—520.
- 11. *Ibid.*, S. 52.
- 12. *an-Nazarîya al-islâmîya li-tauzîf al-maṣâdir aṭ-ṭabî'îya*, S. 148.

13. aṣ-Ṣadr: *Ḥuṭaṭ tafṣīliya ʿan iqtisād al-muḡtamaʿ al-islāmī* (Detaillierte Grundzüge der Wirtschaft der islamischen Gesellschaft), in: *al-Islām yaqūd al-ḥayāt*, S. 88.
14. *Iqtisādunâ*, S. 619.
15. *Iqtisādunâ*, S. 584.
16. *Ḥuṭaṭ tafṣīliya*, S. 97.
17. *Ibid.*, S. 99.
18. *Ibid.*, S. 561.
19. *Iqtisādunâ*, S. 605.
20. *Iqtisādunâ*, S. 618.
21. *Ibid.*, S. 625–627.
22. *an-Nizâm al-islāmī muqâranan*, S. 170.
23. *Iqtisādunâ*, S. 536–537.
24. *Iqtisādunâ*, S. 568.
25. *Iqtisādunâ*, S. 649.
26. *Iqtisādunâ*, S. 650.
27. *Iqtisādunâ*, S. 649.
28. Um seine Beweisführung zu unterstützen, zitiert aṣ-Ṣadr einen Brief von Imâm ʿAlī an den Gouverneur von Ägypten, der die soziale Ordnung der Gläubigen als eine darstellt, die den Reichtum des Diesseits und des Jenseits umfaßt. Siehe *Iqtisādunâ*, S. 651.
29. Hier führt Ṣadr seine Interpretation von scheinbar widersprüchlichen Prophetentraditionen an, von denen einige zur Genügsamkeit und Ablehnung materieller Gewinne mahnen, andere den Menschen auffordern, Vermögen zu seinem eigenen Nutzen einzusetzen. Er sieht hierin keinen Widerspruch, wenn man die ersten so interpretiert, daß sie den Menschen davon abhalten sollen, wirtschaftlichen Reichtum zum einzigen Endziel seines Lebens zu machen. Siehe *Iqtisādunâ*, S. 669–672.
30. aṣ-Ṣadr: *Muqaddima fī t-tafsīr*, Kuwait, Dâr al-Islâmiya, 1982, S. 104–107.
31. *Iqtisādunâ*, S. 670.
32. *Ibid.*, S. 671.
33. Nach aṣ-Ṣadr darf der Jurist keines der Grundprinzipien des Islams ändern, d. h. die Bereiche des *ḥalâl* und *ḥarâm*, die obligatorisch, respektive verboten sind; im Bereich der „sekundären“ Angelegenheiten, d. h. dem *mandûb* und *makrûh*, dessen, was erwünscht bzw. tadelnswert ist, hat er gewisse Handlungsfreiheit. Der Jurist kann jede *mandûb*-Handlung verbieten oder jede *makrûh*-Handlung ermutigen.
34. *Iqtisādunâ*, S. 697.